



AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG

Postanschrift: Postfach 527, A-5010 Salzburg Telex: 633028 DVR: 0078182

An das

Bundesministerium für
Arbeit und SozialesStubenring 1
1010 Wien

Betreff:	GESETZENTWURF
Zl.	57. GEZ 88
Datum:	5. SEP. 1989
Verteilt:	7.9.1989 Ros

Chiemseehof

(0662) 80 42 Durchwahl

2285

Mag. Uta Franzmair

Datum

31.8.1989

Zahl (Bei Antwortschreiben bitte anführen)

0/1-209/124-1989

Betreff

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Beihilfenverlängerungsgesetz geändert wird (Verlängerung der §§ 39a und 39b des Arbeitsmarktförderungsgesetzes); Stellungnahme

Bzg.: Do. Zl. 34.401/3-2/89

Zu dem mit dem obgenannten Schreiben versendeten Gesetzentwurf nimmt das Amt der Salzburger Landesregierung wie folgt Stellung:

Wie bereits in der ha. Stellungnahme vom 12. August 1988, Zl. 0/1-209/110-1988, zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz BGBI. Nr. 638/1982 und das Bundesgesetz BGBI. Nr. 616/1987 geändert werden, zum Ausdruck gebracht wurde, bestehen grundsätzliche Bedenken gegen die Bestimmung des § 39b Abs. 2 AMFG, welcher eine angemessene Förderungsbeteiligung anderer Gebietskörperschaften vorsieht. Mit dieser Bestimmung verhält der Bund die Länder bei der Lösung von Arbeitsmarktproblemen zur Mitfinanzierung, obwohl den Ländern im Gegensatz zum Bund keine Einnahmen aus den Arbeitslosenversicherungsbeiträgen zur Verfügung stehen. Der § 39b Abs. 2 AMFG sollte daher entfallen.

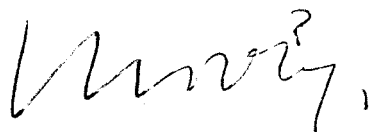
Gleichschriften dieser Stellungnahme ergehen u.e. an die Ver-

./.

- 2 -

bindungsstelle der Bundesländer, an die übrigen Ämter der Landesregierungen und in 25 Ausfertigungen an das Präsidium des Nationalrates.

Für die Landesregierung:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Krohn' with a question mark above the 'i'.

DDr. Krohn

Landesamtsdirektor-Stellvertreter